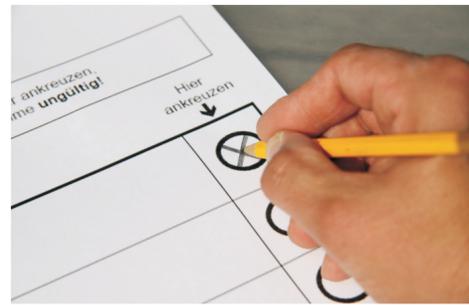




v. l. n. r.: Clemens Esser (Gründungsmitglied Kleingartenanlage + Kassierer), Sascha Lanzrath (Vorsitzender Grüne Brühl), Robert Saß (Vorstand Grüne Brühl), Dieter Illger (2. Vorsitzender Kleingartenverein), Jens Pfefferkorn (Vorsitzender Kleingartenverein)



© Thomas Siepmann/PIXELIO

**AUS DER PARTEI**

**Grüne unterstützen Kleingärtner**

Der Vorstand der Brühler Grünen hat bei einer Besichtigung der Kleingartenanlage im Osten des Phantasialands seine Unterstützung der Anliegen der Kleingärtner erneut bekräftigt.

Gerne folgte der Vorstand der Einladung des Vereins und machte sich ein Bild von den sehr gepflegten und durch jahrzehntelange Arbeit mühsam errichteten Kleingärten.

Jens Pfefferkorn, Vorsitzender des Kleingärtnervereins, ist in großer Sorge, dass die Brühler Ratsmehrheit trotz eindeutiger Positionierung in der Vergangenheit einer Zerstörung der Gärten zugunsten von Nebengebäuden wie Lagerhallen für das Phantasialand zustimmt.

Da der Freizeitpark bereits jetzt über ungenutzte Flächen verfüge, die auch für Lagerhallen genutzt werden könnten und ohnehin keine direkte Verbindung zwischen dem geplanten Erweiterungsgebiet und der Parkanlage bestehe, bezweifelt er die Sinnhaftigkeit dieser Planung.

Sascha Lanzrath, Vorsitzender der Grünen Brühl, bestärkte die Kleingärtner in ihrer Haltung: „Wenn der Bürgermeister einen neuen Bebauungsplan aufstellen will, muss er begründen, wieso für den Bau von Lagerhallen eine 33 Jahre alte Kleingartenanlage abgerissen werden soll. Es wäre nicht das erste Mal, dass der Bürgermeister vom Verwaltungsgericht gebremst werden muss“.

Lanzrath verwies auf den hohen Schutz durch das Bundeskleingartengesetz, das für den Fall der Änderung des Bebauungsplans zudem die Bereitstellung von Ersatzland und eine angemessene Entschädigung der Kleingärtner für alle Anpflanzungen und errichtete Anlagen verlangt.

Clemens Esser, Gründungsmitglied der Anlage, schätzt den materiellen Wert auf zwei Millionen Euro. „Der ideelle Wert ist aber bedeutend höher“, so Esser abschließend.

Johanna Mäsgen

**IMPRESSUM**

Herausgeber: Bündnis 90/Die Grünen Brühl  
Vorsitzender: Sascha Lanzrath, Hermannstr. 4, 50321 Brühl

Redaktion: Sascha Lanzrath, Johanna Mäsgen, Gabriele Rengel-Schneider, Karin Tieke, Klaus Tressat, Richard K. Wiese  
Layout: Gabriele Rengel-Schneider

v. i. S. d. P.: Sascha Lanzrath  
Telefon: 0700/343 47 86 36  
www.bruehlgruen.de

**BÜRGERKOMMENTAR**

**Bürgerbeteiligung - Bestandteil demokratischer Entscheidungsprozesse**

Bei der Ausübung des Wählermandats erwarten die Bürger von ihren gewählten Vertretern umfassende Information und Transparenz. Dies gilt insbesondere für Großprojekte mit entsprechenden Auswirkungen auf die Finanzlage und/oder die Infrastruktur von Kommunen. Bei derartigen Vorhaben sollte es gängige Praxis sein, im Vorfeld den Bürgerwillen zu erkunden.

Bei dem geplanten - inzwischen aber aufgegebenen - Projekt, den Anbau des Rathauses in Brühl abzureißen und durch einen wesentlich größeren, schuldenfinanzierten Neubau zu ersetzen, hat die Stadtverwaltung die Information der Bürger und eine Kostentransparenz grob fahrlässig vernachlässigt. Im Rahmen des vor diesem Hintergrund von einer Bürgerinitiative eingeleiteten Bürgerbegehrens haben innerhalb einer kurzen Frist rund 4.500 Bürgerinnen und Bürger durch ihre Unterschrift ihre ablehnende Haltung zu diesem Projekt dokumentiert. Anstatt dieses deutliche Signal der Bürger aufzugreifen, empfahl die Verwaltung dem Rat, das Bürgerbegehren aus formalen Gründen für unzulässig zu erklären.

Das Unverständnis der Bürger, aber vor allem die Forderung, objektiv falsche Angaben in der Begründung des Bürgerbegehrens aufzuführen, haben die Bürgerinitiative veranlasst, gegen diesen Ratsbeschluss zu klagen. Maßgebend für dieses Bürgerbegehren war allerdings das alte Recht, welches hohe Hürden für die Zulässigkeit von Bürgerbegehren stellte. Wohl aus diesem Grund hat sich das Verwaltungsgericht Köln auf die formalen Anforderungen berufen mit der Folge, auch ggf. falsche Angaben in der Begründung des Bürgerbegehrens in Kauf zu nehmen.

Schon in der Vergangenheit waren Bürgerbegehren wegen dieses sachlich unbefriedigenden Ergebnisses gescheitert. Erfreulicherweise hat die Landesregierung NRW inzwischen die Gemeindeordnung an dieser Stelle novelliert, so dass das Brühler Bürgerbegehren nach neuem Recht in jedem Fall zulässig gewesen wäre.

Für alle Mandatsträger sollten diese Erfahrungen eine Lehre sein, dass die Bürger mehr denn je ihre Rechte einfordern und die Bereitschaft zur Bürgerbeteiligung auch bei künftigen Wahlentscheidungen einbeziehen werden.

Dr. Bernd Boecken

**BALD SIND WAHLEN!**

Besuchen Sie uns doch 'mal auf unseren Wahlständen ab dem 17.08.2013 jeden Samstag jeweils von 10:00 bis 13:00 Uhr in der Brühler Innenstadt.

Wir freuen uns auf Sie!



Bildquelle: clipdealer.de

**HAUSHALT**

**Brühl zukunftsfähig machen! Der Haushalt 2013 bis 2014**

Der verabschiedete Haushalt zeigt die Arbeitsweise der Mehrheitsfraktionen im Rat der Stadt Brühl. Weil das Geld der städtischen Kassen für ihre Lieblingsprojekte nicht reicht, müssen belastende Kredite aufgenommen werden.

Die Haushaltsberatungen bilden eine Kernaufgabe der politischen Arbeit der Fraktionen im Rat. Hier werden die Weichen für Entwicklungen und Projekte gestellt, die maßgeblich den Charakter einer Stadt ausmachen. Die Brühler Grünen haben sich auch in diesem Jahr wieder ausführlich damit auseinandergesetzt, wie eine grüne Zukunft in Brühl aussehen sollte, wie nachhaltiges Handeln und vor allem solide Finanzierung umsetzbar ist.

Anfang März trafen sich 15 Brühler Grüne zu einer zweitägigen Haushaltsklausur. In der Jugendherberge Bonn wurde nach intensiver Vorarbeit der am 25. Februar eingebrachte Haushalt analysiert.

Ergebnis der Analyse war, dass die Sicherung des Haushalts nur durch Entnahmen bei den Konzerntöchtern Stadtwerke und GeBauSie erfolgen kann. Ohne diese Gewinnentnahmen (Die beiden Töchter arbeiten seit Jahren profitabel, aber unter ständigem Druck der Stadt, möglichst hohe Gewinne abzuführen.)

läuft der Haushalt Gefahr, nicht mehr genehmigt zu werden. Konsequenz: Brühl wäre in der Haushaltssicherung, freiwillige Ausgaben und Investitionen müssten gestrichen werden.

So positiv diese konzerninterne Finanzierung auf den ersten Blick auch wirkt, so bedenklich ist nach grüner Ansicht diese Entwicklung: Die Konzerntöchter werden belastet. Dort können wichtige Aufgaben unter dem Kostendruck nicht mehr oder nur noch eingeschränkt durchgeführt werden. Die BrühlerInnen merken dies bereits heute, zum Beispiel an eingeschränkter Grünpflege. Dauerhaft führt diese Finanzierung zu einer einseitigen Belastung der Konzerntöchter und wird den Haushalt nur kurzfristig sichern.

Durch eine von uns beantragte gerechte Verteilung der notwendigen Finanzierungen auf alle BrühlerInnen durch Erhöhung von Grund- und Gewerbesteuern, sowie Anpassung von Abgaben auf ein mit anderen Gemeinden im Umfeld Brühls vergleichbares Maß, wären mittel- und langfristig alle Projekte sicher finanzierbar.

Investitionen zur Förderung der Inklusion, in Energieeffizienz und die Fahrrad-Infrastruktur, Stärkung von Bürgerbeteiligung und der Bera-

**INHALT**

Der Haushalt	1
Dicker Hund: Menschen und Dinge	1
Kommentar: Das bisschen Haushalt ...	2
Nahmobilität	2
Elternbefragung	2
Energieberatung	3
Lärmaktionsplan für Brühl	3
Bürgerkommentar: Bürgerbeteiligung	4
Grüne unterstützen Kleingärtner	4
Impressum	4
Termine	4

**DICKER HUND - BRAUNKOHELEDENKMAL  
Menschen werden überschätzt**

Sie sterben einfach und sind dann sowieso weg. Das mag sich auch der Künstler gedacht haben, der am Kreisel Comesstraße und Kölnstraße im Auftrag der RWE ein Kunstwerk aufgestellt hat. Hier hat der Mensch ja auch wirklich nichts zu suchen.

Klaus Tressat

tungsangebote im Sozialen und für Familien, Verbesserung des Stadtbusnetzes. Dies ist nur ein Auszug aus insgesamt 22 Haushaltsanträgen der Grünen. Insgesamt hätten unsere Anträge der Stadt Brühl eine Entlastung von fast einer Million Euro im Haushalt gebracht, Brühl aber für die Zukunft deutlich gestärkt.

Dass unsere Arbeit auch die Mehrheitsfraktion überzeugt, zeigten die teils sehr positiven Rückmeldungen. Leider wurde unseren Anträgen jedoch nur in kleinen Teilen entsprochen. Lediglich beim Radverkehr, bei der Überarbeitung des Stadtbuskonzeptes und beim Ausbau der Radstation fanden wir eine Mehrheit. Unsere Anträge zur Nachhaltigkeit bei den Einnahmen wurden aber abgelehnt.

Damit geben wir uns nicht zufrieden! Brühl muss für die Zukunft gut gerüstet sein.

Michael vom Hagen



Sascha Lanzrath und Johannes Bortlitz-Dickhoff - fotografiert von Gebhard Egidi



Häuser der GeBauSie - fotografiert von Richard K. Wiese

**DER KOMMENTAR von Klaus Tressat**

**Das bisschen Haushalt macht sich von allein ... Das bisschen Haushalt kann so schwer nicht sein ...**

Das beliebte Hausfrauenlied von Johanna von Koczan aus den 70er Jahren bietet auch 2013 den richtigen Anschauungsunterricht in die Politik.

Keine Perspektive, nirgends. Keine Entwicklung, keine Zukunft, nur die Erhaltung des Bisherigen. Keine Antwort auf die Fragen einer zunehmend mobilen und alternden Gesellschaft, keine Konzepte zur Stadtentwicklung, außer natürlich das Ausbluten der GeBauSie und der Stadtwerke auf Kosten der Allgemeinheit durch eine uncreative, phantasielose und gelangweilte Mehrheit.

So stellte sich die Beratung des Doppelhaushalts 2013/2014 im Rat dar.

Wo sind die Konzepte für mehr Entwicklung? Wo die Antworten auf den Wunsch nach mehr Bürgerbeteiligung?

So geht es einfach nicht, Herrschaften!

**ELTERNBEFRAGUNG**

**Welche weiterführende Schule für mein Kind? GRÜNE bringen Elternbefragung auf den Weg**

Der Schulausschuss hat auf Antrag der Fraktion der Grünen in seiner Sitzung im Juli einstimmig beschlossen, die Eltern der Dritt- und Viertklässler zu befragen, auf welche weiterführende Schule sie ihr Kind schicken möchten.

Viele Eltern wünschen sich für Ihr Kind einen Platz an der Gesamtschule. Diese muss aber aufgrund der zu großen Anmeldezahlen seit Jahren zahlreiche Kinder ablehnen. Außerdem zeigt die Schülerstatistik eine zwischen Stagnation und Rückgang pendelnde Anmeldezahl an der Clemens-August-Hauptschule.

Im Rahmen des neuen Schulentwicklungsplans, der ab 2014 gelten soll, werden nun also die Eltern gefragt, welche Schulformen sie sich für ihr Kind wünschen. Auf welche Schulform würden die Eltern ihr Kind schicken, wenn nur die bereits bestehenden Schulen zur Auswahl stünden? Hauptschule, Realschule, Gymnasium oder Gesamtschule?

Wie groß wäre das Interesse sowohl eines Gesamtschul- als auch eines Sekundarschulbesuchs, stünden hier entsprechende Kapazitäten zur Verfügung?

Sekundarschulen sind Schulen des längeren gemeinsamen Lernens. Die Schülerinnen und

**LÄRMAKTIONSPLAN FÜR BRÜHL**

**Viel Lärm um nichts?**

Lärm in Städten ist ein lange unterschätztes Umweltproblem mit enormen volkswirtschaftlichen Schäden. Zu viele und zu laute Geräusche sind nicht nur ärgerlich, sondern können zu zahlreichen gesundheitlichen Beeinträchtigungen führen. Dies geschieht nicht nur als Reaktion auf kurzzeitig hohe Schallspitzen, sondern schon bei niedrigeren Schallpegeln, wie sie zum Beispiel in Form von Verkehrslärm oft vorkommen, auch wenn diese nicht direkt gehörschädigend sind.

Daher trat 2002 die „Umgebungsärm-Richtlinie“ in Kraft. Ziel dieser Richtlinie ist ein Konzept zur Bewertung und Bekämpfung des Umgebungsärms. Die Umgebungsärmrichtlinie ging 2005 mit einer Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes in deutsches Recht über. Zur Regelung von Lärmauswirkungen stellen Städte und Gemeinden sogenannte Lärmaktionspläne auf und entwickeln die erforderlichen Maßnahmen vor Ort.

Dazu wurden vom Umweltbundesamt gesundheitsrelevante Schwellenwerte [65 dB A (DEN/Tageslärmindex) und 55 dB A (NIGHT/Nachtslärmindex)] definiert, die als kurzfristige Handlungsziele zur Vermeidung von Gesundheitsgefährdungen dienen und als Auslösewerte bezeichnet werden.

Auf dieser Grundlage wurde auch in Brühl von einem Gutachterbüro ein Lärmaktionsplan aufgestellt, der auf der Homepage der Stadt einsehbar ist und die lokalen Belastungsschwerpunkte aufzeigt. In Brühl geht vom Verkehrslärm die Hauptbelastung für die Bevölkerung aus: Neben den Bahnliesen und der Autobahn gelten auch einige Straßenabschnitte (u. a. Römerstraße, Alte Bonnstraße, H. Esser Straße, Konrad-Adenauer-Straße, Rheinstraße, Kölnstraße, Uhlstraße, Pingsdorfer Straße, Euskirchener Straße, Bergerstraße, Kaiserstraße) als belastet.

Hier war die Kommunalpolitik gefordert, denn der Bürger hat ein Recht auf Lärmreduzierung. Neben der Vermeidung von Emissionen (Förderung Umweltverbund etc.) sollten die Lärmemissionen vorrangig am Entstehungsort (durch Tempolimit, Flüsterasphalt etc.) verringert werden.

Welche im Lärmaktionsplan vom Gutachter vorgeschlagenen Maßnahmen in Brühl durchzuführen sind, wurde in den zuständigen Fachausschüssen politisch kontrovers diskutiert. Leider wurden von der Mehrheit der Ratsvertreter nahezu alle Temporeduzierungen zur Senkung der Lärmbelastung als zu weitgehend abgelehnt. Zudem wurde die Behandlung des Themas Lärm durch Schwerlastverkehr auf unbestimmte Zeit vertagt.

Hier wurde aus Sicht der Grünen eine Chance für Brühl vertan! Der ursprüngliche Gutachter-

entwurf wurde derart abgeschwächt, dass die Fraktion Die Grünen dem Lärmaktionsplan im Rat nicht zustimmen konnte.

Wir Grünen setzen uns weiterhin für einen umfassenden Lärmschutz für die Brühler Bevölkerung ein und fordern für die stark belasteten Straßenabschnitte die sofortige Einführung von Tempolimits! Weiterhin muss das angekündigte Konzept für den Schwerlastverkehr in Brühl schnell vorgelegt und der Einbau von Lärmreduzierendem Asphalt soll umgesetzt werden.

**Bernd Winkelmann-Strack**



Bildquelle: clipdealer.de

**ENERGIEBERATUNG**

**Strom und Geld sparen: Wir wollen die Energieberatung für Bürgerinnen und Bürger - jetzt!**

Steigende Stromkosten machen vor allem finanzschwachen Haushalten zu schaffen. Die Forderung nach Sozialtarifen ist unseres Erachtens aber zu kurz gegriffen. Gibt es doch viele Möglichkeiten Strom zu sparen, ohne sich in seinem täglichen Leben einschränken zu müssen.

Dabei kann das ganz einfach sein! Das geht vom Verzicht auf Stand-by-Schaltungen über das Einwechseln von Energiesparlampen bis hin zur Nutzung verbrauchsarmer Haushaltsgeräte. Doch wie kann man das kommunizieren? Beim ressourcenschonenden Umgang mit Strom gibt es immer noch Informationslücken - quer durch alle Bevölkerungsschichten. Die Grüne Fraktion macht sich bereits seit 2008 darüber Gedanken und hat immer wieder eine Energiesparberatung für finanzschwache Haushalte beantragt.

Die Idee fand zwar allgemeine Zustimmung, aber Geld ausgeben wollte die CDU/FDP-Mehrheit im Umweltausschuss dafür nicht. Umsonst ist dieses Angebot nämlich nicht zu haben. Außerdem befand die Ratsmehrheit, dass dafür der Rhein-Erft-Kreis zuständig sei. Der wiederum sah die Zuständigkeit bei den Kommunen. Das altbekannte Spiel! Mit dem Ergebnis, dass zunächst nichts passierte. Schade.

Irgendwann meldeten die Stadtwerke, dass sie unter gewissen Voraussetzungen finanzschwachen

Haushalten ein stromsparendes Haushaltsgerät sponsern werden. Ein löbliches Projekt, aber bei Weitem nicht ausreichend.

Vor circa einem Jahr, auf dem Höhepunkt der Diskussion um die hohen Strompreise, erkannte auch die CDU einen Handlungsbedarf. Der Bürgermeister wurde beauftragt, beim Landrat ein Energiesparprojekt anzuregen. Doch von dort kam eine Absage, Begründung: siehe oben.

Aber dann: Auf Antrag von Grünen und SPD wird die Stadt Brühl in diesem Jahr erstmals 10.000 Euro für eine Energiesparberatung bei drohender Energiearmut zur Verfügung stellen! Nach Auskunft der Verwaltung erstellt sie zur Zeit ein Konzept dafür.

Wir tun weiterhin alles dafür, dass bald etwas geschieht und zum Jahresende die ersten Haushalte beraten werden.

**Agnes Niclasen**



Stadtwerke, Stadtservicebetrieb - fotografiert von Richard K. Wiese

Schüler werden nach der vierten Klasse mindestens bis zur Klasse sechs weiter gemeinsam unterrichtet. Außerdem werden sie bis zur Klasse zehn sowohl auf eine mögliche berufliche Ausbildung als auch auf einen Hochschulbesuch vorbereitet. Denn von Anfang an wird nach den gleichen Standards wie für Gymnasien unterrichtet. Soll das Abitur erworben werden, steht nach der zehnten Klasse ein Schulwechsel an. Gesamtschulen hingegen verfügen immer über eine eigene Oberstufe, die zum Abitur führt.

Nun wird also auf den Prüfstand gestellt, ob das bestehende Schulangebot in Brühl noch den tatsächlichen Anforderungen entspricht.

Ein Blick auf die Entwicklung in Nachbarkommunen zeigt, dass die Möglichkeit des längeren gemeinsamen Lernens von Eltern zunehmend gewünscht wird.

Die Entscheidung für eine weiterführende Schulform fällt den Eltern nicht leicht. Ist mein Kind überfordert oder braucht es nur etwas mehr Zeit? Soll es später eine Ausbildung machen oder kommt ein Studium in Frage? Immer mehr Eltern sträuben sich davor, sich diese Fragen zu stellen, während das eigene Kind noch nicht einmal zehn Jahre alt ist.

Die Ratsfraktion der Grünen fordert, dass für alle Brühler Schülerinnen und Schüler auch entsprechende Möglichkeiten in Brühl angeboten werden.



Wahlplakate - fotografiert von Johannes Bortlitz-Dickhoff

Wir halten es für eine Zumutung, wenn nach einer Ablehnung an der Brühler Gesamtschule nur eine andere Schulform oder ein Wechsel in einer andere Kommune als Möglichkeiten bleiben. Schulentwicklung funktioniert nicht von heute auf morgen. Eine intensive Einbindung der Betroffenen, der Eltern und Schülerinnen und Schüler, ist nun auf den Weg gebracht.

Wir wollen, dass die Brühler Politik die entsprechenden Konsequenzen aus den gewonnenen Erkenntnissen ziehen wird. Wir bleiben dran!

**Johanna Mäsgen**

**NAHMOBILITÄT**

**Nahmobilität - das ist auch 'was für Brühl**

Nahmobilität meint die Rückbesinnung auf eine Mobilität ohne Motoren, also vor allem Fuß- und Fahrradverkehr. Dazu gehört aber auch Rollschuh-, Roller- oder Inlinerverkehr.

Die Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundlicher Städte, Gemeinden und Kreise orientiert sich an dem Ziel Nahmobilität. Im Quartier sollen sich die Menschen gerne und alltäglich mit nicht-motorisierten Verkehrsmitteln bewegen. Nahmobilität ist damit Teil des Umweltverbundes.

Nahmobilität ist gesund, kostengünstig, klimafreundlich und schafft Lebensqualität.

**Nahmobilität erfordert:**

- attraktive Wegenetze für den nichtmotorisierten Verkehr
- breite Gehwege
- Aufteilung des Straßenraums im Verhältnis 3:4:3, sodass viel Platz für Fußgänger und Radfahrer bleibt.
- einen hohen Vernetzungsgrad des Wegenetzes
- Barrierefreiheit
- attraktive Straßenraumgestaltung
- Querungsmöglichkeiten.

Die Stärkung der Nahmobilität ist eine tägliche Auseinandersetzung mit der Dominanz des Autos.

Nach der **Arbeitsgemeinschaft** umfasst ein Programm zur Förderung der Nahmobilität:

**Stadt und Straße als Lebensraum begreifen:**

- baulich-räumliche Nutzungsmischung
- kompakte bauliche Strukturen
- Funktionsmischung Wohnen- Arbeiten - Freizeit
- Erreichbarkeit, Wahlfreiheit und Chancengleichheit für alle VerkehrsteilnehmerInnen
- kurze, vernetzte Wege



Roddenweg - fotografiert von Johannes Bortlitz-Dickhoff

- Straßen sind neben der Verkehrsfunktion Raum für Aufenthalt, Treffen, Kommunikation und Spiel.

**Komfortnetze für FußgängerInnen und RadfahrerInnen schaffen:**

- ausreichend breite Gehwege mit Ruhezeiten
- Querungsstellen schaffen und sichern
- Gehwege von parkenden Autos freigehalten
- Kombinierte Geh- und Radwege vermeiden.

**Barrierefreie Stadt:**

- mehr Mobilitätschancen für Kinder und SeniorInnen.

**Re-Privatisierung des Autoparkens:**

- Parkraum für Autos möglichst vom dem öffentlichen Straßenraum weg verlagern.

**Verkehrssicherheit als dauerhafte Qualitätsaufgabe:**

- Verkehrsraumgestaltung mit dem Ziel der Verlangsamung und Vereinfachung
- Verkehrsüberwachung, Verkehrsaufklärung
- Sowie Monitoring und Ursachenforschung zum Unfallgeschehen.

**Johannes Bortlitz-Dickhoff**